

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 17. Jahrgang, Nr. 5, 9. März 2000

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 7611 62 49
BIZ: 100 500 00/Kto-Nr.: 0670017787

Im Kampfanzug

Von Ralf Bachmann

Der Gedenkstein für den zu Tode gehetzten Algerier Omar Ben Noui in Guben wurde erneut geschändet, die Platte darauf entwendet. Die Kette der Übergriffe gegen Ausländer, Grabstätten, Minderheiten und Behinderte reißt in Brandenburg nicht ab. Im Vorjahr wurden 118 fremdenfeindliche, 145 rechtsextreme und 25 antisemitische Straftaten registriert. Deshalb war 1997 ein Hoffnungszeichen, dass sich 30 Organisationen zum Aktionsbündnis gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zusammenschlossen. Nicht alle Erwartungen erfüllten sich. Noch ist das Bündnis allzu wenig Aktion.

So horchte man auf, als CDU-Landesvorsitzender Jörg Schönbohm die Erkenntnis aussprach, es sei Zeit, „den Kampfanzug anzuziehen“. Nur drohte er damit nicht rechten Gewalttätern, sondern „Moralisten von links“, die der CDU - gewiss ganz zu Unrecht - „das Bülberhemd anlegen“ wollten. Kampfanzug gegen Links, kein Wort gegen Rechts. So kennt man Schönbohm. In diesem Geiste tönt es auch aus seinen Reihen. Die CDU-Landtagsfraktion hält dem Aktionsbündnis „Wahrnehmungsblockade gegenüber dem Linksextremismus“ vor, ihr innenpolitischer Sprecher formuliert eine „Kampfansage gegen die bestehende Einseitigkeit“ und ruft zum „Paradigmenwechsel“.

Da im Bündnis bei aller Orientierung auf Brandenburgs Hauptproblem niemand je daran dachte, die Augen vor den Straftaten Linksextremer - 1999 nach Polizeiangaben 46 - zu verschließen, da der Kampf gegen Gewalt aller Art erstes Ziel des Bündnisses ist, liegt der Verdacht nahe, der „Paradigmenwechsel“ bezwecke ganz anderes. Die Aktionsgemeinschaft gegen Rechts passt manchem nicht, das Bündnis soll gespalten werden. Die Gefahr ist real. Schon drohten DGB und Landessportbund mit dem Austritt, wenn die Zielsetzung verändert wird. Wirksamer als Antwort wären Aktionen im Sinne dieser Ziele. Nicht nur Guben bietet dafür Chancen.

rechts

Chaos angekündigt

Rechtsextremisten wollen die Weltausstellung Expo 2000 in Hannover stören. Die NPD geriert sich vorerst noch als Ordnungsfaktor. **Seite 2 ■**

Eichmann als Zeuge

Im Londoner Prozess um den Holocaust-Apologeten David Irving sollen die Aufzeichnungen Eichmanns als Beweismaterial herangezogen werden. **Seite 3 ■**

Völkisches Ideengut

Das Thule-Seminar hat die ideologischen Modifikationen der europäischen „Neuen“ Rechten nicht nachvollzogen. **Seite 4 ■**

Zuverlässige Lakaien

FPÖ-Chef Jörg Haider hält auch nach seinem Rücktritt vom Parteivorsitz die Zügel fest in der Hand. Nach wie vor will er Bundeskanzler werden. **Seite 6 ■**

Das andere Berlin

Aktiven Widerstand gegen das NS-Regime gab es überall in der Stadt - vom bürgerlichen bis zum Arbeiterbezirk. **Seite 10 ■**

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Chaos als Drohkulisse**

Die NPD kündigt für den Fall eines Verbotes ihres Aufmarsches am 1. Mai in Hannover jetzt schon an, dann die Weltausstellung Expo 2000 stören zu wollen.

„Ich würde allen Interessierten mal empfehlen, einen Blick auf www.chaos-tage.de zu werfen. Es ist schier unglaublich, was sich da alles gegen die EXPO 2000 in Hannover zusammenbraut.“ Dieses mit Ralf Steinbach unterschriebene Statement findet sich nicht in einem Punk-Fanzine, sondern im NIT-Forum (NachrichtenInformationenTheorie), der Homepage des vom Hamburger Neonazi André Goertz betriebenen Nationalen Infotelefon. Dort tauscht das gesamte extrem rechte Spektrum vom Bund Freier Bürger, über die Republikaner und die NPD bis zu den freien Kameradschaften Informationen über Aktionen und Demonstrationen aus, diskutiert über Schwule in der rechten Szene und seit einigen Wochen auch über die Proteste gegen die Expo 2000, die ab 1. Juni für mehrere Monate ihre Pforten in Hannover öffnet.

Der schon zitierte Ralf Steinbach hat eine Vision: „NPD und andere national gesinnte Kräfte gegen die Expo, Autonome, nun auch noch irgendwelche Punker. Ich glaube nicht, dass Hannover diesen Wirbel um die Expo einigermaßen heil überstehen wird. Wie stehen wir dazu?“ Der offene Schulterchluss ging dem NPD-Kreisvorstand Hannover dann doch etwas zu weit. „Es muss hier unbedingt etwas klargestellt werden. Die NPD Hannover will während der Expo 2000 keine 'Chaostage'. Wir wollen in der Landeshauptstadt am 1. Mai unter dem Motto 'Deutsche Volkswirtschaft statt Globalisierungswahn' demonstrieren und eine Kundgebung abhalten. Dies ist einen Monat vor dem Start der Expo“, schrieb deren Pressesprecher Rainer Horstmann, um aber gleich hinzuzufügen: „Wenn diese Veranstaltung wieder, wie schon so oft, verboten wird, dann melden wir auch während der Weltausstellung neue Termine an. Solange, bis unserem grundgesetzlich verbrieften Recht auf freie Versammlung stattgegeben wird. Das führt dann eventuell zu einigem Chaos! Wir werden es nicht verursachen. Die Entscheidung liegt bei der Stadt.“

In der Demonstrationsanmeldung baut die NPD auch ein mögliches Chaos bei der Expo als Droh-

kulisse auf. So appelliert sie an die Stadt Hannover und die Polizei, „im Vorfeld zu einer Deeskalation beizutragen und nicht, wie in der Vergangenheit in anderen Städten des Öfteren geschehen, eine 'Pogromstimmung' mit anzuheizen, die dann letztendlich ein Verbot begründen soll.“ Sollte die Stadt den NPD-Vorstellungen nicht entsprechen, wird schon mal auf die Folgen hingewiesen: „Dann lässt es sich leider nicht vermeiden, dass eventuelle Ersatzveranstaltungen zum Beispiel am 17. Juni, 13. August oder zu zahlreichen anderen Terminen parallel zur Expo 2000 angemeldet werden müssen. Selbst wenn diese dann wieder nicht stattfinden, werfen die damit verbundenen Turbulenzen, wie Polizeikontrollen und Straßensperren sicher kein gutes Bild auf die Stadt der Weltausstellung.“

Während sich die NPD bei ihren Drohungen noch in taktischer Zurückhaltung ergeht, wird im NIT-Forum Klartext geredet. „Verderben wir den Globalisierern ihr Fest, und wenn schon nicht mit einer Demo, so doch auf jeden Fall mit einem Großaufgebot an Polizei, Barrikaden, Straßensperren ... Durchsuchung von Autos ... Leibesvisitationen ... Herrlich! Das wird der unbedarfte Besucher dieser Veranstaltung, die ja bekanntlich 'unsere' Zukunft plastisch veranschaulichen soll, sicher nicht so schnell vergessen.“, heißt es dort unter dem Kürzel CoD. Ein „Aero“ schreibt ohne parteitaktische Feinessen: „Der Nationale Widerstand, sowie alle unabhängigen Nationalisten und Heimattreuen, sollten am 1. Mai wie an den Anti-Expo 2000-Aktionen teilnehmen. Unabhängig von einem evtl. Verbot der NPD-Demo heißt es: den Feind ausmachen, öffentlich entlarven und angreifen! Der Neoliberalismus/Kapitalismus ist der Feind! Auf der Expo zeigt er sich offen und schamlos!“ Um sich besser unter die Menge zu mischen, wird empfohlen, ohne schwarz-weiß-rote Fahnen und Neonazi-Outfit anzureisen.

Dass sie ihre Argumente gegen die Expo aus linken Broschüren abgeschrieben haben, geben die Rechtsextremisten zu. So wird ausführlich aus einem Papier der linken „Gruppe Landfriedensbruch“ zitiert, das zum „Widerstand gegen die neoliberale Ordnung an den Symbolen der Expo 2000“ aufruft, und als Kontaktadresse wird unter anderem die Anti-Expo-AG an der Uni Hannover genannt. Die darüber erzürnten linken Expo-Gegner haben einen klaren Trennungsstrich zu den rechten Annäherungsversuchen gezogen und planen am 1. Mai gemeinsam mit Antifa-Gruppen eine Mobilisierung gegen die NPD-Demo in Hannover *Peter Nowak*

Hintergrund**Kronzeuge Eichmann**

Im Londoner Irving-Prozess sollen die Aufzeichnungen des Holocaust-Organisators jetzt als Beweismaterial dienen.

Die kaum mehr überschaubare Literatur über die NS-Zeit wird in Kürze ein Buch mehr aufweisen: Die Tagebücher des Holocaust-Organisators Adolf Eichmann. Die zwischen 1960 und 1962 in israelischer Haft entstandenen 1.300 handgeschriebenen Seiten waren bisher Verschluss-Sache im israelischen Staatsarchiv. Nach dem Todesurteil gegen Eichmann hatte der damalige israelische Staatspräsident Ben Gurion angeordnet, die Aufzeichnungen nicht zu veröffentlichen, weil Eichmann den Holocaust verniedlicht und verzerrt wiedergegeben habe. Seitdem war immer wieder verlangt worden, die Tagebücher zu publizieren, zuletzt vor wenigen Monaten vor einem Sohn Eichmanns. Am eifrigsten hatte sich seit Jahren ein Engländer für die Freigabe ins Zeug gelegt: David Irving, Leugner des Völkermordes an den europäischen Juden, wollte mit Eichmann als Kronzeugen beweisen, dass Hitler den Holocaust nicht befohlen habe.

Seit Mitte Januar muss sich nun in London der Royal High Court of Justice mit der NS-Zeit beschäftigen. Kläger ist Irving, der sich von dem renommierten britischen Verlag Penguin und der angesehenen amerikanischen Historikerin Deborah Lipstadt verleugnet sieht (s. BNR 2/00). Lipstadt hat in einer Studie über Holocaust-Leugner Irving als einen „Hitler-Verehrer, der die Geschichte verdreht, um sein Idol in einem besseren Licht erscheinen zu lassen“ beschrieben. Irving sieht darin „Verleugnung“ sowie „Rufschädigung“ und verlangt Schadensersatz. Nach englischem Recht liegt in diesem Fall die Beweislast bei den Beklagten, also bei Lipstadt und dem Verlag. Sie haben deshalb Israel um die Eichmann-Aufzeichnungen gebeten, um zu beweisen, dass ohne Hitlers Zustimmung der Völkermord niemals vollstreckt worden wäre. Irving kann sich auf den ersten Blick die Hände reiben, weil er wie die gesamte Öffentlichkeit Eichmanns Notizen wird lesen können.

Wer den Gerichtssaal demnächst als Gewinner verlassen kann, ist derzeit schwer vorherzusagen. Bisher ist kein schriftlicher „Endlösungs“-Befehl Hitlers gefunden worden. Das ist nicht verwunderlich.

Einen generellen Mordbefehl hat Hitler nämlich nur einmal unterzeichnet: Als es um die Ermordung Kranker ging, die euphemisch „Euthanasie“ genannt wurde. Diese Mordaktion musste eingestellt werden, weil vor allem Kirchenleute protestierten und schwerstverwundete Soldaten fürchteten, umgebracht zu werden. Der Befehl wurde nachträglich auf den 1. September 1939, den Beginn des Zweiten Weltkriegs, umdatiert, um ein Alibi zu haben. Man habe in Krankenhäusern Betten für verwundete Soldaten frei machen wollen. Nach dieser Panne hat Hitler offensichtlich nie mehr ein ähnliches Schriftstück unterzeichnet. Irving, ein erfolgreicher Laienschriftsteller unter den gelehrten Historikern, folgert apologetisch, Hitler habe keinen Befehl „zur Endlösung der Judenfrage“ erteilt.

Die Aufzeichnungen Eichmanns und zahlreiche Studien sowie Dokumente geben allerdings ein anderes und überzeugendes Bild. In einer so auf einen Mann fixierten Diktatur ist es undenkbar, dass jemand aus der zweiten Reihe die „Endlösung“ ohne Einwilligung der Reichskanzlei befehlen konnte. Außerdem hat Eichmann während der Hauptverhandlung in Israel unter anderem bekundet: „Etwa um die Jahreswende 1941/42 teilte mir der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Heydrich, mündlich mit, dass der Führer die physische Vernichtung des jüdischen Gegners befohlen habe ... Das war ein Führerbefehl ... Führerworte haben Gesetzeskraft ... Wenn der Führer nicht selbst Urheber der 'physischen' Vernichtung gewesen sein kann, dann kann auch keine deutsche Stelle es gewesen sein ...“. Eichmann hat im Prozess in Israel nichts gestanden und seine Rolle bei der Shoa kleinzureden versucht. Er sei nur ein Rädchen in der Vernichtungsmaschine gewesen. Vor seiner Entführung aus Argentinien im Mai 1960 hatte er allerdings in einem Interview mit einem ehemaligen belgischen SS-Führer vermutlich die Wahrheit gesagt, als er sich rühmte, sechs Millionen Juden in den Tod geschickt zu haben. Damals musste er nicht fürchten, jemals zur Verantwortung gezogen zu werden.

Dass sich mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem größten Verbrechen in der Geschichte der Menschheit Englands oberstes Gericht mit Holocaust-Apologeten („Süddeutsche Zeitung“) wie Irving beschäftigen muss, ist ein Preis, den ein demokratischer Rechtsstaat zu leisten hat. Irving ist britischer Bürger und hat so lange gewartet, bis ein britisches Gericht zuständig war. In Staaten mit anderen demokratischen Rechtsnormen hätte er kaum Chancen, den Streit zu gewinnen. *Heiner Lichtenstein*

Aktivitäten**Ungestörtes Treiben**

Ein Lokal in Klein Gladebrügge ist seit Jahren Versammlungsort der extremen Rechten. Auch ein Skinhead-Konzert fand dort jetzt statt.

Die Blood&Honour-Sektion Nordmark hat unter „Polizeischutz“ ein großes Konzert durchführen können. Während im niedersächsischen Wesel die Polizei den Wirt der dortigen „Heidehalle“ drängte, den Mietvertrag mit den rechtsgerichteten Gästen aufzulösen und dann über die zuständigen Ordnungsbehörden auch jegliche Ersatzveranstaltungen verboten wurden, ließ man knapp 750 der Neonazi-Szene zuzurechnende Skinheads aus dem gesamten Bundesgebiet im schleswig-holsteinischen Klein Gladebrügge bei Bad Segeberg gewähren. Rund 200 Polizisten ließen es dort mit der Beobachterrolle bewenden. Einige Zufahrtstraßen wurden observiert und dort Kfz-Kontrollen veranlasst, andere blieben unbeaufsichtigt.

Das Nichteinschreiten beziehungsweise das personelle Missverhältnis stößt bei Betrachtung der dort aufgetretenen Gruppen auf Unverständnis. Es spielten Landser aus Berlin sowie Stahlgewitter. Die Musikstücke der Berliner Combo beschäftigten bereits mehrfach die Staatsanwaltschaften wie auch die Musiker selbst. Auch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften und Tonträger wurde diesbezüglich häufig tätig. Ende 1998 war die Landser-CD „Rock gegen oben“ Prozessgegenstand beim Landgericht Berlin. Bei einem Stahlgewitter-Konzert im sächsischen Hartha wurde auch eine Rede von Heinrich Himmler eingespielt.

Diesem galt diesmal nicht die Aufmerksamkeit, sondern dem Todestag des SA-Führers Horst Wesel. Die Veranstaltung wurde von Sascha Bothe aus Tostedt initiiert und angemeldet. Vom Klein Gladebrügger Wirt wurde die Polizei rechtzeitig in Kenntnis gesetzt. Die Neonazi-Skins wurden via Internet-Chat zum Konzertort mobilisiert. Instruktionen gab es im Chat-Room C 18, was für Combat 18 steht, gleichbedeutend mit der britischen Neonazi-Terroreinheit der Blood&Honour-Landessektion. Der polizeilich bekannte Bothe deklarierete das Treffen als Geburtstagsparty, obwohl er erst im Oktober seinen Geburtstag feiert.

Die Polizei verzeichnete lediglich eine Festnahme. Einige Tonträger wurden beschlagnahmt, Neonazi-

Devotionalien gefunden. Man entdeckte eine Bundeswehr-Übungshandgranate sowie diverse Schlagwerkzeuge. Zeitgleich wurde ein Neonazi-Konzert mit 150 Teilnehmern in Leipzig von der Polizei aufgelöst.

Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland 105 braune Musikkonzerte registriert, die Dunkelziffer dürfte dabei erheblich sein. 14 solcher Treffen zählten mehr als 500 Besucher, in acht Fällen trafen sich sogar über 1000 Jungnationale zum Musik-Event. Dies sind Zahlen aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage der PDS-Bundestagsfraktion. Darin wird auch darauf hingewiesen, dass bei über der Hälfte dieser Veranstaltungen Straftaten - meist Propagandadelikte (Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass, ausländerfeindliche Parolen, Hitlergruß, Verkauf von NS-Devotionalien und entsprechender Tonträger und Literatur) - registriert wurden.

Das Lokal in Klein Gladebrügge („Zum Trichter“) war nicht das erste Mal im Visier der Rechtsaußen. Nach der Demonstration des Freiheitlichen Volks Block in Bad Segeberg am 24. Mai des Jahres traf man sich dort zum Feiern. Am 4. Oktober 1997 wurden an gleicher Stelle viele nationale Aktivisten aus dem norddeutschen Raum - ein Spektrum aus NPD, DVU, Republikanern, Deutsche Liga für Volk und Heimat sowie Freien Nationalisten - beherbergt, um das „Bündnis Rechts für Lübeck“ aus der Taufe zu heben, das dann im Folgejahr bei den Kommunalwahlen in der Hansestadt antrat.

Anfang November 1997 traf sich dort die DVU zu einer großen Saalveranstaltung. Weitere kleinere Zusammenkünfte folgten. Am 25. April vergangenen Jahres kamen 300 DVU-Anhänger zusammen und lauschten den Worten von DVU-Chef Frey.

Daraufhin formierte sich Protest in der 500-Seelen-Gemeinde. Die Kommunale Wählergemeinschaft (KWG) sammelte gar Unterschriften gegen diese Treffen und übermittelte Frey eine entsprechende Resolution. Jetzt fordert die örtliche KWG die Politiker wieder auf, dem Treiben nicht tatenlos zuzusehen.

Der Wirt der Kneipe „Zum Trichter“ war einige Jahre SPD-Mitglied und trat erst vor kurzem aus der Partei aus. Er nahm zuletzt sogar ein Gemeinderatsmandat für die SPD wahr, hat sich jetzt aber im Ort völlig isoliert. Er betont, er müsse nur ans Geschäft denken, die politische Couleur sei ihm dabei egal.

Horst Freires

Aktivitäten**Skinhead-Netzwerk**

Im Elsass konzentrieren sich die die Auftritte von braunen Musikbands.

Die französische Gruppe Elsass Korps führte im Elsass am 19. Februar ein großes Skinhead-Konzert mit internationaler Beteiligung durch. Über 1.200 Skinheads und Neonazis aus Belgien, Frankreich, Österreich, Italien, Liechtenstein, der Schweiz und, hauptsächlich, der Bundesrepublik stellten sich in dem kleinen Ort Seebach bei Salmbach ein. Zu Gast waren die Bands Propaganda aus dem Neckarstädtchen Horb (Kreis Freudenstadt), Sturmtrupp (Neuburg/Donau), Brutal Attack und Celtic Warrior aus Großbritannien sowie je eine Band aus den Niederlanden und Frankreich. Mobilisiert wurde zu dem Konzert auch über das „Nationale Infotelefon“ in Karlsruhe.

Vor rund einem Jahr trat Elsass Korps bereits bei einer musikalischen Großveranstaltung im Elsass in Erscheinung. Neben den Lokalmatadoren spielten noch Faustrecht (Kaufbeuren), Propaganda und Durandal aus Paris im Rahmen der von der Skinhead-Organisation Blood&Honour organisierten Veranstaltung vor rund 250 Personen. Am 1. Mai 1999 traten vier Musikgruppen vor rund 200 Zuschauern bei einem ebenfalls im Elsass stattfindenden Konzert auf. Hinter der deutschen Grenze konzertierte die bayerische Band Sturmtrupp, Fraxion Hexagone aus Frankreich, Involved Patriot aus England und Pluton Svea aus Schweden. Anfang August vergangenen Jahres spielten bei einem weiteren Blood&Honour-Konzert vor rund 700 Zuschauern neben Elsass Korp noch Landstorm aus den Niederlanden, Gesta Bellica aus Italien, Razors Edge aus England sowie Ultima Ratio, das Nachfolgeprojekt von Triebtäter, aus Stuttgart auf. Das Elsass Korp trat nur wenige Wochen später mit White Law aus England und Propaganda vor rund 400 Kameraden auf der anderen Seite der Grenze in der Nähe von Karlsruhe auf. Am 8. Januar fand wiederum ein Konzert mit den Bands Proïßenheads aus Potsdam, Eye of Odin, Bulldog Breed (England) und Bully Boys (USA) im Elsass „vor ca. 800 aus Deutschland angereisten Kameraden“, so der Konzertbericht in einem Skinzine, statt.

Das Skinhead-Netzwerk Blood&Honour nahm unter der Führung des verstorbenen Ian Stuart Donaldson in England 1987 seinen Ausgang und dominiert mittlerweile die braune Musikszene. S.B.

Aktivitäten**Boomender Markt**

William Pierce (65), der Anführer der mitgliederstarken US-amerikanischen Neonazigruppierung National Alliance (NA), ist in das umsatzstarke und gewinnträchtige White-Power-Musikgeschäft eingestiegen. Dies berichtet das englische Antifa-Magazin „Searchlight“ in seiner Januar-Ausgabe. Demnach hat Pierce, Schüler des 1967 verstorbenen Hitler-Verehrsers George Lincoln Rockwell sowohl die ursprünglich von dem Kanadier George Burdi (alias „Eric Hawthorne“) gegründete Musikfirma Resistance Records, als auch den Warenbestand und die Bandverträge des schwedischen Musikimperiums Nordland übernommen.

Burdi, der sich auch als Sänger von RAHOWA (Akronym für „Racial Holy war“ = „Rassistischer, heiliger Krieg“) in einschlägigen Kreisen einen Namen gemacht hat, wurde im Oktober vergangenen Jahres per Gerichtsurteil in Ontario untersagt, sich weiterhin mit rassistischen Aktivitäten zu assoziieren oder zum Hass gegen irgendeine ethnische oder religiöse Gruppe aufzuhetzen. Resistance Records war in seiner Glanzzeit (1996) die führende Firma bei der Herstellung und dem Vertrieb von White-Power-Musik.

Angaben von „Searchlight“ zufolge soll der Kauf von Nordland, das in den letzten Jahren durch die gegnerischen Unternehmungen von Eric Blücher und Marcel Schilf im skandinavischen Raum stark an Bedeutung eingebüßt hat, im Beisein des NPD-Funktionärs Jens Pühse erfolgt sein. Pühse ist einer der Köpfe des sprunghaft expandierenden Devotionalienhandels des NPD-eigenen Deutsche Stimme Verlages. Pierce pflegt engste politische Kontakte zur NPD und zu den Jungen Nationaldemokraten, ebenso unterhält er seit Jahren private Beziehungen zu Funktionärskadern.

1978 veröffentlichte Pierce unter dem Pseudonym Andrew MacDonald das Buch „The Turner Diaries“, dessen Inhalt frappierende Ähnlichkeit mit dem Neonazi-Terroranschlag von Timothy McVeigh im April 1995 in Oklahoma hat.

Nach dem Aufkauf von Resistance Records und Nordland hält Pierce, ehemals Universitätsprofessor, einen beträchtlichen Teil des weltweiten White-Power-Musikgeschäftes in Händen und kann einen erheblichen Einfluss auf diese Szene ausüben. Geschäftlich einsteigen will er auch in die Sparten Gothic und Black Metal. Anton Maegerle

Hintergrund**Völkische Mythen**

Das Thule-Seminar hat die ideologischen Modifikationen der europäischen „Neuen“ Rechten nicht nachvollzogen. Mit der neuen Zeitschrift „Metapo“ tritt es jetzt wieder an die Öffentlichkeit.

Wenn am 6. „Nebelung“ (November) der Monat seinem Namen alle Ehre macht, die Wolken tief liegen und man sich in die vergangenheitssträchtigen Mauern einer Burg zurückgezogen hat, dann passt es in das Bild, dass die Versammelten sich als Orden verstehen und die Novizen in einer Art von Initiationsritus aufgenommen werden, sich dazu „im Gehölz nahe einer idyllischen Burg zu einem Zirkel formierten“. Hier ist die Welt noch heil: „Im Schutz der morgendlichen Stunde konnten sie für einen Augenblick dem rastlosen Getöse einer kranken Zivilisation entfliehen, um sich - innerlich, wie auch als Gefährten untereinander - zu sammeln.“ Wer aufgenommen werden will, muss Leistung erbracht haben und wird dafür ausgezeichnet; er ist jetzt würdig, „den Wodansknoten des ‘Thule-Seminars’ zu tragen“.

Dem schwülstig-spirituellen Tonfall des Berichtes angemessen, rollt ein Feuerrad unter der Überschrift „Sonnenwende - Schicksalswende“ vor dem Hintergrund eines sternklaren Himmels und des kahlschwarzen Waldes durch das Titelbild der ersten Ausgabe der Zeitschrift „Metapo“. Das Kasseler Thule-Seminar, das gelegentlich öffentliche Lebenszeichen von sich gibt, will damit neben dem unregelmäßig erscheinenden luxuriösen Blatt „Elemente“ auf niedrigerer Ebene einen Beitrag zur „Metapolitik im Angriff zur Neugeburt Europas“ leisten. Die Zeitschrift soll dabei „einen Einblick in die Praxis der Metapolitik geben“. Ausdrücklich wird in den Geleitworten betont, man betrachte sich nicht als „immanente Systemkritiker“, sondern man wolle aus einer „dem gegenwärtigen Sinn- und Wertesystem entgegenstehenden Position Stellung beziehen“. Und mit dem gewohnten Pathos lautet der erste Satz des Heftes: „Entscheidende Siege oder Niederlagen fallen auf kulturellem Gebiet.“

Den beiden Leitern, Pierre Krebs und Verleger Burkhardt Weecke (Horn-Bad Meinberg), steht als Chefredakteur Armin Hanke zur Seite. Unter den weiteren Mitwirkenden finden sich unter anderen Thorsten Thomsen (Schwabstedt), ehemaliger stell-

vertretender Bundesvorsitzender der Jungen Freiheitlichen im Bund Freier Bürger, sowie Lisa Beckmann, die bereits als Autorin des „Lübscher Aufklärer“ vom Bündnis Rechts für Lübeck tätig war.

Zwischen die Nachwuchsautoren sind jedoch auch zwei Prominente gemischt. Professor Hans-Jürgen Hagel (Detmold) war nicht nur bei der rechtsextrem durchsetzten Ostpreußenhilfe als Funktionär aktiv, sondern wirkt vor allem seit Jahren in der neuheidnischen Gruppierung Goden. Bei der Jahrestagung der Goden im Oktober 1997 in Romrod sprach er über „Judäo-Christentum und Wassermannzeitalter“. In der Premierenausgabe der „Metapo“ schreibt er „Zur Christianisierung von Weihnachten“. Der zweite Akademiker ist der 1991 verstorbene Professor Jacques de Mahieu, der nach dem Zweiten Weltkrieg aus Frankreich nach Argentinien emigrierte. Von einem wissenschaftlichen Wert des nordisch-biologistisch geprägten Werkes von Mahieu, der seit 1972 dem Patronatskomitee der „neu“rechten „Nouvelle Ecole“ angehörte, kann freilich keine Rede sein. Die deutschen Übersetzungen seiner Bücher erschienen größtenteils in dem der extremen Rechten verbundenen Grabert-Verlag. Die „Metapo“ veröffentlicht von ihm „Natur und Kultur: Wider die egalitäre Naturrechtlerei“. Bei seinen rassistischen Ausführungen dort stützte er sich auf den völkischen Sozialdarwinisten Otto Ammon und den frühen Rasse„theoretiker“ Georges Vacher de Lapouge, stellte fest, dass bei den Menschen „die Ungleichheit viel ausgeprägter als unter den Tieren irgendeiner Art“ sei, und gelangte zu dem Schluss: „Seine Kulturfähigkeit erhält er also nicht von außen, sondern sie richtet sich nach seinen genetischen Vorschriften.“ „Rassen, Völker und Geschlechter“ seien nach einem „absoluten Bewertungsmaßstab“ ungleich, nämlich in Bezug auf ihre „schöpferische Fähigkeit“. Gleichheit sei unmöglich, denn sie bedeute, „dass nicht die Hottentotten auf das Niveau der Europäer gehoben werden (was wegen der Beschaffenheit des Gehirns der ersteren nicht möglich ist), sondern die Europäer auf dasjenige des am wenigsten schöpferischen afrikanischen Volkes herabgedrückt werden.“

Ein solcher „Kulturverfall“ ist in dieser Vorstellungswelt selbstverständlich imperativ zu vermeiden. Es ist durchaus bezeichnend, dass Mahieu durch das Thule-Seminar als Ideologe herangezogen wird, während der „neu“rechte GRECE diesem Autor seit Mitte der siebziger Jahre kein Forum mehr geboten hatte. Nachdem die Nouvelle Dro-

ite ihre biologistische Phase hinter sich gelassen hatte, waren Bezugspersonen wie Mahieu nur noch peinlich. Das deutsche Thule-Seminar dagegen hat die ideologischen Modifikationen der europäischen „Neuen“ Rechten nicht nachvollzogen, sondern vertritt noch immer einen völkisch-rassistischen Ansatz, dessen Hauptprotagonist der Motor des Kleinunternehmens, Pierre Krebs, ist. In den Notizen „Aus dem Tagebuch eines Rebellen“, die die erste Ausgabe der „Metapo“ beschließen, schreibt Krebs folglich: „Derjenige, der über Kultur redet und dabei über Rasse schweigt, entpuppt sich als unbelehrbarer Dualist.“ Der von Mahieu beklagte „Kulturverfall“ führt laut Krebs zur „Dekadenz“, die „die Preisung der Verblödung“ sei. Das „Krankhafte als die Norm“, das „Hässliche als die Schönheit“ seien die Folge einer Geistesverfassung, die „die Unordnung als die Ordnung betrachtet“.

■ „Europäer auf Niveau eines afrikanischen Volkes gedrückt“ ■

Wenn man den stark verkürzenden und vereinfachenden Definitionsversuch zugrundelegt, wonach die „Neue“ Rechte auf dem ideologischen Rückgriff auf die Ideen der Konservativen Revolution in Verbindung mit dem strategischen Ansatz der Metapolitik zur Erringung der kulturellen Hegemonie beruht, dann ließen sich grob drei heutige Familien der „Neuen“ Rechten skizzieren. Der GRECE und dessen direktes Umfeld stützen sich weitgehend auf die jungkonservative Variante, während sich die Synergies Européennes vorwiegend auf nationalrevolutionäre und nationalbol-schewistische Ansätze berufen. Das Thule-Seminar wiederum zieht hauptsächlich die völkischen Mythen heran, also den am deutlichsten durch seine Sehnsucht nach einer imaginierten Vergangenheit geprägten Strang. Dies macht es geradezu logisch, dass Kräfte aus dem Bündnis Rechts in Schleswig-Holstein, der Nationaldemokratische Hochschulbund oder der notorische Neonazi Jürgen Rieger mit dem Thule-Seminar kooperieren.

Die Zeitschrift „Metapo“ ist ein neuerlicher Versuch, die spärlichen Aktivitäten des sich als Orden verstehenden Seminars zu beleben, und soll wohl den Platz der nach wenigen Ausgaben eingestellten „Thule-Briefe“ einnehmen. Auch eine eigene Internet-Domain befindet sich im Aufbau. Wichtigster Teil der Reorganisationsversuche aber sind die sogenannten „Metapos“, die „Metapolitischen Zellen“. Die örtlichen Metapos treffen sich wie-

derum zu „Werkstätten“. Anfang 1998 wurden vier regionale Untergruppen angegeben: Nord (Kiel), Haushofer (Stemwede), Widukind (Westfalen) und Thule-Sodalitas (Overijssel/Flandern), wobei letztere um den Vlaams Blok-Funktionär Ralf Van den Haute auch durch Anti-Antifa-Aktivitäten von sich reden machte. Der Aufbau weiterer Gruppen in Greifswald, München und Osnabrück wurde angekündigt.

Wenn auch solche Erfolgsmeldungen beim Thule-Seminar grundsätzlich in Zweifel zu ziehen sind, da sie häufig eher auf Wunschdenken beruhen, so ist doch festzustellen, dass nunmehr wieder eigenständige Aktivitäten zu vermelden sind. Am 4. Juli 1998 fand auf Gut Rothensiek bei Horn-Bad Meinberg eine geschlossene Fördermitgliederversammlung mit etwa 30 Teilnehmern aus dem In- und Ausland statt, bei der neben einigen Vorträgen vor allem die beabsichtigte Vernetzung der Metapos debattiert wurde. Das Treffen am 6. November 1999 hatte unter anderem den Soziologen Hans Freyer, einen „leider nahezu in Vergessenheit geratenen Protagonisten der kulturellen Revolution“, zum Thema. Freyer, Autor der „Revolution von rechts“, war entgegen dieser Darstellung nach 1945 keineswegs vergessen, sondern führte seine Ansätze aus früherer Zeit nahezu bruchlos fort und gehörte mit Gehlen, Forsthoff und anderen in der Bundesrepublik zu den durchaus einflussreichen Theoretikern der „Industriegesellschaft“. Mit dem „systemoppositionellen“ Ansatz des Thule-Seminars ist er nur mühsam zu vereinbaren.

■ „Kulturverfall führt zur Dekadenz“ ■

Weiter zurück in die Vergangenheit wagte sich der zweite Vortrag „Widukind - Erbe und Auftrag“, in dem die letztliche Taufe des widerständischen heidnischen Sachsen als historische Fälschung abgetan wurde. Eine Darstellung „Ästhetik als Ausdruck der Neuen Kultur“ folgte. Die Aufgabe der „Avantgarde“ sei es, Gegenbilder zu entwerfen. Als Avantgarde sieht das Thule-Seminar natürlich sich selbst. Vom Gedanken an eine Massenorganisation müsse man sich ohnehin lösen, „denn zu einer Avantgarde wird immer nur eine Minderheit zählen“. Der zentralen Rolle von Pierre Krebs in dem von ihm gegründeten Verein entspricht es, dass ihm der programmatische Schlussvortrag „Das Ahnenrad der Moderne“ vorbehalten blieb. Als einer dieser Ahnherrn wird der „Volk ohne Raum“-Dichter Hans Grimm angesehen.

Jean Cremet

Ausland**Loyale Statthalter**

Jörg Haiders Führungsrolle in der FPÖ ist auch nach seinem - formellen - Rücktritt vom Parteivorsitz unumstritten.

Die Massenproteste in Österreich sowie die internationalen Reaktionen auf die Regierungsbeteiligung der FPÖ haben den freiheitlichen Parteichef Jörg Haider zu einem zumindest taktischen Rückzug veranlasst. Allerdings, so formulierte es der formelle FPÖ-Spitzenkandidat bei der letzten Parlamentswahl, Thomas Prinzhorn, werden diesem Schritt zurück später zwei nach vorne folgen. Das heißt, dass Haider längerfristig durch die Niederlegung des Parteivorsitzes eher gestärkt als geschwächt wird. Er selbst betonte, dass er weiterhin das Ziel verfolge, Bundeskanzler zu werden. Haider bleibt auch im FPÖ-Präsidium sowie im Koalitionsausschuss (in dem einmal pro Monat die Politik der ÖVP-FPÖ-Regierung koordiniert wird). Dennoch: ohne die ständigen Demonstrationen in Wien und anderen Städten sowie die weltweiten Proteste und die Sanktionen der 14 EU-Partner gegen die österreichische Regierung wäre Haider FPÖ-Chef geblieben. Bildlich gesprochen ist er aufgrund des nicht nachlassenden Trommelfeuers in Deckung gegangen, um seine weiteren Schritte vorzubereiten und zu einem günstigeren Zeitpunkt wieder in die Offensive zu gehen.

Seine führende Rolle in der FPÖ ist zwischenzeitlich aber nicht gefährdet. In Partei, Regierung und Parlamentsfraktion sitzen an allen wichtigen Stellen Lakaien beziehungsweise langjährige loyale Weggefährten des FPÖ-Führers. Die Vizekanzlerin und designierte Parteichefin Susanne Riess-Passer kam als Haiders Pressesprecherin in die Politik und hatte in mehr als einem Jahrzehnt noch nie auch nur die geringste öffentliche Meinungsdivergenz mit ihrem Chef. Generalsekretariat und Parlamentsfraktion leitet Peter Westenthaler, der nach Riess Haiders Pressesprecher war und sich seither als dessen Scharfmacher innerhalb und außerhalb der Partei profilierte. Auch in der Regierung gibt es keinen ernsthaften Konkurrenten - mit Ausnahme vielleicht von Finanzminister Karl-Heinz Grassner, der zwar ebenfalls ein Zögling Haiders war (der heute 31-Jährige war bereits mit 25 Generalsekretär der FPÖ und dann Landeshauptmann-Stellvertreter in Kärnten - hier fiel er unter anderem

durch einen Erlass auf, der Firmen, die ausländische Arbeitskräfte beschäftigen, von der öffentlichen Auftragsvergabe ausschloss. Der Erlass musste allerdings wegen Rechtswidrigkeit widerrufen werden), der aber schon einmal gegen seinen Chef aufgemuckt hatte. Anfang 1998, als Haider seiner Partei mit Rücktritt drohte, übte Grassner einerseits Kritik an Haider und stellte andererseits selbst den Anspruch, Landeshauptmann von Kärnten zu werden. Nach einer innerparteilichen Rüge verabschiedete Grassner sich in Richtung Privatwirtschaft. Anfang Februar holte Jörg Haider jetzt den verlorenen Ziehsohn zurück, nachdem Bundespräsident Thomas Klestil den von Haider als Finanzminister vorgeschlagenen Thomas Prinzhorn wegen fremdenfeindlicher Aussagen ablehnte und der zweite Wunschkandidat absagte. Grassner wird sich nur so lange in der Regierung halten können, so lange Haider dies will - eine echte Konkurrenz ist er nicht.

Interessant ist, dass in der FPÖ-Regierungsriege niemand dem ehemaligen liberalen Flügel der FPÖ angehörte, aber auch niemand eine neonazistische Vergangenheit hat (wie dies weiter unten in der FPÖ-Hierarchie nach wie vor häufig vorkommt). Allerdings gab es verschiedene Signale nach rechts: Verteidigungsminister Herbert Scheibner war Nationalrats-Spitzenkandidat in Wien, wo im Herbst ein besonders fremdenfeindlicher Wahlkampf geführt wurde. Sozialministerin Elisabeth Sickl freute sich in einem Interview darüber, dass ihr Sohn auf den „richtigen Weg“ gefunden habe, nachdem er sich vom Umfeld einer neonazistischen Wehrsportgruppe ab- und einer äußerst rechtsstehenden schlagenden Studentenverbindung zugewandt hatte. In einer solchen Verbindung (mit dem Namen „Südmark“) lernte Jörg Haider vor Jahrzehnten auch den jetzigen Justizminister Dieter Böhmendorfer kennen, der ihm - obwohl nicht FPÖ-Mitglied - seither als persönlicher Freund und Rechtsanwalt eng verbunden ist. Infrastrukturminister Michael Schmid hatte sich früher als Mitglied der steiermärkischen Landesregierung dafür stark gemacht, dass eine als rechtsextrem eingestufte Zeitschrift öffentliche Förderungsmittel erhielt.

Die FPÖ ist daher auch nach seinem formellen Rücktritt die „Haider-Partei“ - und die Kanäle zum äußersten rechten Rand bleiben intakt. Die Veränderungen sind also taktischer Art, als Reaktion Jörg Haiders auf den inneren und äußeren Druck auf ihn als Person sowie auf die Regierungsbeteiligung seiner Partei sind sie aber dennoch bemerkenswert.

Adalbert Krims

Aus der Szene**Gesinnungsfreunde**

Am 1. Mai wollen wie im vergangenen Jahr tschechische Neonazis und Skinheads in der Prager Innenstadt aufmarschieren (s. BNR 9/99). Erwartet werden auch wieder Gleichgesinnte aus der Bundesrepublik, vornehmlich aus den neuen Ländern. Obwohl die deutsche Beteiligung an der Prager Demo, die 1999 erstmals stattfand, nur sehr spärlich war, wurde darüber in einflussreichen Szene-Blättern wie dem „Zentralorgan“, dem Sprachrohr der Freien Nationalisten, oder „Blood & Honour“, dem deutschsprachigen Organ der führenden rassistischen Skin-Bewegung, berichtet.

Mangelnde Sprachkenntnisse bilden zwar eine erhebliche Barriere beim Aufbau organisatorischer Strukturen zwischen deutschen und tschechischen Neonazis, dennoch ist zunehmend die Teilnahme von Deutschen an Skin-Konzerten oder Besuchen bei Musikern in Tschechien festzustellen. Die Gründe dafür liegen sicherlich neben den billigen Preisen für das dortige Bier und die CDs auch in dem eher trägen Vorgehen des Staates gegenüber den braunen Kameraden.

Szene-Berichte über deutschen Besuch von Skin-Konzerten in Tschechien finden sich in Zines wie „United White & Proud“, „United Skins“, „Der Weiße Wolf“, „Berserker“ oder „Hass Attacke“. Auch Interviews mit einschlägigen tschechischen Bands wie Buldok oder anderen haben zwischenzeitlich eine geneigte Leserschaft in hiesigen Zines wie „Warhead“ oder dem Polit-Musikmagazin „Rock Nord“. Selbst der Czech Klan konnte sich freizügig in „Freya“ über sein politisches Weltbild äußern.

Als Berichterstatte und Chronologe der tschechischen „Bewegung“ in deutschen Skin-Heften hat sich der Prager Jan Hanslik hervorgetan. Im Nürnberger Zine „All skewed up“ nennt er als Startbeginn der „Bewegung“ das Jahr 1980. Die erste Skinband, Orlik, spielte noch vor dem Fall der Mauer 1988 auf. Anfang der 90er Jahre boomt die Szene bereits und die Fraktion der „White Power-Skins“ macht auf sich aufmerksam. Seit Mitte der 90er Jahre gibt es Hanslik zufolge „eine Menge Probleme zwischen ‘Nazis’ und ‘Nationalisten’, da sie nur ihre tschechische Republik und ihr tschechisches Volk lieben. Wir lieben Tschechien und unser Volk natürlich auch, aber wir lieben auch alle anderen weißen Länder und Völker!“ A.M.

Am Rande**Bündnis-Klüngeleien**

Eine baldige Fusion haben jetzt der Bund Freier Bürger, die Deutsche Partei und die Deutsche Soziale Union angekündigt. Firmieren wollen die drei ultrarechten Kleinparteien dann künftig unter Deutscher Partei. Nicht mit von der Partie sind augenscheinlich die Republikaner. Nach Angaben von Heiner Kappel, dem Vorsitzenden des Bund Freier Bürger, wollten die Gruppierungen „nicht unter der Fahne ‘Republikaner’ antreten und von diesen geschluckt werden“, wie er in einem Interview mit der „Jungen Freiheit“ (Ausgabe 10/00) dazu anführte. „Voreilig“ sei der baden-württembergische REP-Landtagsabgeordnete Alfred Dagenbach gewesen, der von einem baldigen Zusammenschluss der rechten Parteien einschließlich der REP gesprochen hatte. Ohne die mitgliederstarken REP (rund 15 000) dürfte allerdings eine neue Partei schon rein personell in der Klemme sein.

Wenige Wochen zuvor noch auf der Strategiekonferenz der Republikaner am 19./20. Februar in Leipzig hatte Kappel sich einem Bericht der JF zufolge für ein - von ihm seit Jahren favorisiertes - Zusammengehen mit den REP ausgesprochen. Laut Angaben der Republikaner soll Kappel betont haben, dass die REP dabei der Kristallisationspunkt sein müssten. Vermutlich hat der desolaten innerparteiliche Zustand der REP auch die letzten potenziellen Bündnispartner verschreckt. „In dieser Verfassung können wir sie nicht bei uns aufnehmen“, so Kappel jetzt (s. STERN 8/2000).

Alfred Mechttersheimer, bis vor kurzem noch mit im Boot bei dem Projekt einer neuen Rechtspartei unter Federführung der REP unter Rolf Schlierer, hatte schon vorher das Handtuch geworfen, da „die Republikaner gerade auch wegen ihres inneren Zustands den Neubeginn zu sehr belasten“. Mechttersheimer wiederum ist bemüht, seine Getreuen rechts von Kappel und in Konkurrenz zu dem unter dem Dach einer Deutschen Aufbauorganisation zu sammeln (s. BNR 4/00). *Gabriele Nandlinger*

Hinweis

Berlin - Am Dienstag, den 28. März um 19.00 Uhr referiert Professor Richard Stöss (FU Berlin) über Rechtsextreme und Antisemiten, Unterschiede und Gemeinsamkeiten in Ost und West im Jüdischen Kulturverein Berlin e.V., Oranienburger Straße 26. Tel. 030 / 282 66 69, - / 28 5980 52.

Demokratische Initiativen**Das andere Berlin**

In Berlin überlebten mehr jüdische Verfolgte als anderswo. Dem Gedenken und Widerstand in der Stadt widmen sich mehrere beachtenswerte Bände.

Hauptstadt ist Berlin nicht wegen seiner geographischen Lage, seiner Wirtschaftskraft oder seiner kulturellen Ausstrahlung geworden, sondern einzig und allein wegen seiner Vergangenheit: Es gibt - darauf hat Hermann Rudolph aufmerksam gemacht - in den letzten 150 Jahren kein geschichtliches Ereignis von nationalem Rang, das nicht hier stattgefunden hat oder von hier seinen Ausgangspunkt genommen hätte. Die verschiedenen Schichten dieser Vergangenheit sind, trotz Kriegszerstörung und der nach 1945 im Osten wie im Westen Berlins über Jahrzehnte herrschenden Tabula-rasa-Mentalität, im Stadtbild unmittelbar ablesbar. Sie freizulegen und wieder sichtbar zu machen, ist ja im Übrigen auch die erklärte Absicht jener Architekten, die so geschichtsbeladene Gebäude wie das einstige Reichsluftfahrtministerium und das ehemalige Reichsbankgebäude zu Dienstsitzen für das Bundesministerium der Finanzen und das Auswärtige Amt umbauen, diese Gebäude also integrieren und für eine demokratisch legitimierte Regierung funktionsfähig zu machen suchen.

Wie jede Vergangenheit ist auch natürlich auch die Berlins vieldeutig und von Ambivalenzen (Peter Steinbach) durchzogen. Dies trifft mit besonderer Intensität auf die Jahre von 1933 bis 1945 zu: Machtzentrale des Dritten Reiches und Zentrum des Widerstandes, Sitz der Reichsministerien, der höchsten Verwaltungsbehörden von Wehrmacht und SS - und zugleich die Stadt, in der mehr jüdische Verfolgte im Untergrund überlebten als anderswo: „Nirgendwo sonst“, so Peter Steinbach, „gab es so viele Gegner Hitlers auf engem Raum, die Konzentrationslager ausgenommen.“ (Berlin, Die Hauptstadt, Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole, herausgegeben von Werner Süß und Ralf Rytlewski, Bonn 1999, S. 130 <= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 362>).

An sie erinnert der zum ersten Mal 1995 von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin herausgegebene Band „Gedenken und Lernen

an historischen Orten, Ein Wegweiser zu Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Berlin“ von Stefanie Endlich und Thomas Lutz (1998, 191 Seiten). Er beschreibt zwölf Gedenkstätten und enthält darüber hinaus, nach Bezirken geordnet, eine Auswahl der wichtigsten Berliner Denkmäler für die Opfer des Nationalsozialismus. Der letzte Teil führt Denkmals- und Ehrengrabanlagen auf, die sich auf Friedhöfen befinden. Der für jeden historisch Interessierten sehr nützliche Wegweiser „richtet sich vor allem an Pädagogen und ‘Multiplikatoren’, also an all die, die schulische und außerschulische Bildungsarbeit leisten und im Kontext dieser Arbeit mit Gruppen von Jugendlichen oder Erwachsenen Gedenkstätten besuchen und diese Besuche vor- und nachbereiten wollen“ (S.7). Die Berliner Gedenkstätten fanden sich auch in der ersten, längst vergriffenen Auflage der Dokumentation „Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus“, die Ulrike Puvogel 1987 als Band 245 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn herausgegeben hat. 1995 (Nachdruck 1996) ist der erste Band einer stark erweiterten und ergänzten Auflage erschienen, der nur die alten Bundesländer umfasst, mit 840 Seiten ein wahres Kompendium im Lexikonformat, sorgsam erarbeitet und unentbehrlich für alle, die sich mit dem Thema beschäftigen wollen. Der zweite, mehrfach angekündigte Band, der sich mit den neuen Bundesländern und Berlin befasst, ist in Vorbereitung, aber noch nicht erschienen.

■ Regimegegner in allen Bezirken ■

Ebenso zu empfehlen ist ein anderes Kompendium, nämlich die von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin herausgegebene Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945, die sich die einzelnen Bezirke der Stadt vorgenommen hat. Elf Bände sind seit 1983 erschienen, weitere angekündigt. Diese außerordentlich lesbaren, reich illustrierten und dokumentierten Bände sind eine wahre Fundgrube von Fakten und Dokumenten, Lebensläufen und Geschichten - und dies nicht nur für diejenigen, die Näheres über die Geschichte des jeweiligen Bezirks wissen wollen. Deutlich wird eigentlich in fast jedem Band, dass die Berliner Lokalgeschichte eben nicht nur von lokaler Bedeutung, sondern oft genug auch von nationaler Relevanz ist. Der Inhalt der einzelnen Bände, die in der Gedenkstätte unentgeltlich abgegeben werden, sei hier im Folgenden wenigstens andeutungsweise umrissen.

Hans-Rainer Sandvoß, von dem die allermeisten Bände stammen, eröffnete die Reihe 1983 mit einer Broschüre über den „Widerstand in einem Arbeiterbezirk“, dem Wedding. Die zweite, ergänzte Auflage erschien 1987. Siebzehn Kapitel behandeln auf 108 Seiten - es ist der mit Abstand schmalste Band - die Geschichte des roten Wedding, den Terror der Nazis und das Schicksal der einzelnen Widerstandsgruppen: Sozialdemokraten, Arbeitersportler, Gewerkschaftler, Kommunisten, Kirche. Vor allem von einzelnen Menschen wird erzählt, von bekannteren wie Theodor Plievier und Otto Nagel wie von den vielen unbekannten - dies ist ein tragendes, die ganze Reihe charakterisierendes und für sie verbindliches Prinzip.

In Band 2 (224 Seiten, 1986) wird der „Widerstand in Steglitz und Zehlendorf“ thematisiert. Dort haben, so das Vorwort, wichtige Ereignisse des Kirchenkampfes, des Kreisauer Kreises und der Opposition bürgerlicher und militärischer Gruppen stattgefunden. Diese Reihenfolge bestimmt auch die Gliederung des Textes.

Der dritte Band, „Widerstand in Spandau“, (200 Seiten, 1988) hat zum Schwerpunkt den Widerstand von Reichsbanner, SPD, KPD, KPDO und Bekenner Kirche. Wie in allen Bänden der Reihe findet sich hier ein Register der erwähnten Personen und Straßen, außerdem ein Literaturverzeichnis.

Band 4, „Widerstand in Neukölln“ (288 Seiten, 1990), dem bevölkerungsreichsten Bezirk Berlins, behandelt vornehmlich die Opposition der verschiedenen Gruppierungen der Arbeiterbewegung: Arbeitersportler, SPD, Gruppe Neu Beginnen, SAP, Rote Kämpfer, KAPD, AAUE, ISK, KPD, aber auch die Bekenner Kirche, die Zeugen Jehovas und die Katholiken. Band 5, der zur Zeit vergriffen ist, widmet sich dem Widerstand im bürgerlichen Bezirk Charlottenburg.

Band 6 behandelt den Widerstand im Norden Berlins, in Pankow und Reinickendorf (288 Seiten, 2., veränderte und ergänzte Auflage 1994). Im Mittelpunkt stehen hier der Arbeiter-Widerstand, die illegale Betriebsopposition und die Bekenner Kirche.

Band 7, von Felicitas Bothe-von Richthofen verfasst, hat den „Widerstand in Wilmersdorf“ zum Gegenstand (193 Seiten, 1993): Die Künstlerkolonie am Laubenheimer Platz, der Widerstand der Schulen, der Jugend, der Gruppe Neu Beginnen, außerdem von SAP, SPD, KPD, von kirchlichen und militärischen Kreisen.

Der achte Band, „Widerstand in Mitte und Tiergarten“, wiederum von Hans-Rainer Sandvoß geschrieben (420 Seiten, 1994), ist eine wahre Fund-

grube, unentbehrlich für die Geschichte des Widerstands im Nationalsozialismus. Hier, im inneren Zentrum der Stadt, haben schließlich jene für die gesamte deutsche Geschichte so folgenreichen Ereignisse stattgefunden. Einen weiteren Schwerpunkt des Bandes bildet die Verfolgung der Juden und ihr Widerstand. Band 9, geschrieben von Heinrich-Wilhelm Wörmann, gilt dem „Widerstand in Köpenick und Treptow“ (288 Seiten, 1995).

Band 10 behandelt den „Widerstand in Kreuzberg“ (288 Seiten, 2., veränderte und ergänzte Auflage 1997), einem Bezirk also, der eng mit dem historischen Zentrum verknüpft ist und gleichzeitig eine Hochburg der Arbeiteropposition war. Der elfte und bisher letzte Band der verdienstvollen Reihe gilt dem „Widerstand in Friedrichshain und Lichtenberg“ (352 Seiten, 1998). Schwerpunkt ist wiederum die Opposition innerhalb der Arbeiterbewegung, der Schulen und der Kirchen.

In Vorbereitung befinden sich die Bände 12 und 13, die sich mit dem Widerstand in Prenzlauer Berg und Weißensee sowie in Schöneberg und Tempelhof befassen.

Theo Meier-Ewert



Von Rabehl getrennt

Die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung hat den umstrittenen Professor an der Freien Universität Berlin, Bernd Rabehl, als Vertrauensdozenten entlassen. „Es war uns wichtig klarzumachen, dass wir mit den unerträglichen Positionen Rabehls nichts zu tun haben“, teilte ein Sprecher der Stiftung auf Nachfrage von BNR mit. Rabehl war in den vergangenen Monaten wegen seiner Verbreitung nationalistischer Thesen immer heftiger in die Kritik geraten. Ende 1998 hatte sich Rabehl, der wie auch Horst Mahler einst zu den Wortführern der Studentenbewegung zählte, in einem Vortrag vor der schlagenden Verbindung Danubia in München erstmals öffentlich zur „Zersetzung der nationalen Identität“ geäußert. Seither geriet auch die Hans-Böckler-Stiftung, für die Rabehl als einer von 150 Vertrauensdozenten Stipendiaten betreute, immer stärker unter Druck. Nach Angaben des Sprechers sei man sich der Problematik durchaus von Anfang an bewusst gewesen, habe aber „aus guten Gründen“ versucht, mit Rabehl eine „eilvernehmliche Erklärung“ zu einer Beendigung der Zusammenarbeit zu finden. Als diese nicht zustande gekommen sei, sei nur noch der Weg der Entlassung geblieben.

Jeannette Goddar

Bücherschau**Todes-Transporteur**

Der Klappentext verheißt Spannendes und Neues. „Dank neuer Quellenfunde und der facettenreichen Darstellung ist ein Buch gelungen, das neue Perspektiven auf mehr als anderthalb Jahrhunderte Eisenbahngeschichte eröffnet.“ Die Herausgeber und Autoren haben in der Geschichtsschreibung gute Namen. Lothar Gall von der Universität Frankfurt/Main, zuletzt aufgefallen mit seiner überzogenen Kritik an der Wehrmachtsausstellung, Manfred Pohl, der Chefhistoriker der Deutschen Bank, Eberhard Kolb, unter anderem Experte für das KZ Bergen-Belsen, Klaus Hildebrand, Bonn, Anthony James Nicholls aus Oxford, Christopher Kopper als NS-Experten, Günter Schulz, Köln, und Hans-Peter-Schwartz, Bonn, Autor zahlreicher Bücher über die Bundesrepublik. Der Verlag bürgt gleichfalls für Qualität und auf fast 500 Seiten kann viel geschildert, analysiert, gelobt und kritisiert werden.

Die Einleitung von Gall und Pohl verspricht viel. Der planmäßig organisierte Völkermord sei „ein Thema, das in unserem Band eingehend und rückhaltlos behandelt wird (S.10). Es werde „nicht schöngefärbt, indem es den Akzent einseitig auf eine lange vergangene Erfolgsgeschichte legt.“ (ibd) Man habe „besonderen Wert auf diese Akzentsetzung gelegt“ und „darin geradezu die Geschäftsgrundlage für das ganze Vorhaben“ (ibd) gesehen. Die acht Hauptteile sind jeweils fast gleich lang, nur „Die Deutsche Reichsbahn in der nationalsozialistischen Diktator 1933 bis 1945“ ist umfangreicher. Es ist historisch das wichtigste Kapitel. Schließlich war der Holocaust nur mit Hilfe der Deutschen Reichsbahn (DR) technisch möglich. Kein anderes Transportmittel hätte Millionen Opfer quer durch Europa in die Vernichtungslager transportieren können. Klaus Hildebrand, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Bonn, hat mehr Raum als seine Kollegen bekommen, um dieses grauenhafte Thema zu schildern. Er überschreibt Abschnitt VI mit „Weichensteller der Kriegsführung und 'Logistik des Holocaust'“. Beginn man auf Seite 165 zu lesen, kommt viel Verständnis dafür auf, dass Hildebrand zunächst die durch die Nazis verursachten Änderungen darstellt. Auf Seite 175 wird Hildebrand bezüglich des Völkermordes schon sehr konkret. „Kriegsbesessenheit, 'Lebensraum'-Eroberung und Rassenwahn ... Mit den modernen Mitteln des 20. Jahrhunderts rollte

das 'Dritte Reich', unter maßgeblicher Beteiligung des unverzichtbaren Transporteurs der Tyrannis, der Eisenbahn, einer vormodernen Utopie zu, die einer radikalen Absage an die zivilisierte Welt gleichkam.“ Es folgen interessante Informationen über die Zahl der Mitarbeiter (2,2 Millionen im Jahre 1943), über ihre soziale Betreuung, den bahneigenen Wohnungsbau, den offiziellen Auftrag, die Bevölkerung zu versorgen und nicht vor allem, Geld zu verdienen (S.23), die gewaltigen Leistungen bei der Mobilmachung (S.223), den Streit zwischen Reichsverkehrsminister Julius Dorpmüller und der „Ostbahn“ mit Direktionen im unterjochten Polen. Es folgen 28 Fotos mit vier Beispielen zum Holocaust. Auf Seite 226 beginnt Hildebrand mit dem „Unternehmen Barbarossa“, dem Überfall auf die UdSSR, den er „Feldzug gegen die Sowjetunion“ nennt (S.227). „Im russischen Vernichtungskrieg wurde die Reichsbahn tief in das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte verstrickt“ (S.226).

Das ist schlicht falsch. Die Bahn wurde nicht „verstrickt“, sie hat sich vielmehr der SS angeboten und sogar ihre Tarife gesenkt, wenn möglichst viele Opfer mit der DR auf ihre letzte Reise gingen, Kinder unter vier Jahren durften gar kostenlos ins Gas fahren. Dabei wurde der knappe Wagenpark kaum in Anspruch genommen, weil die Bahn längst ausrangierte Waggons einsetzte, mit denen nicht einmal Pferde transportiert werden durften. Auf den Seiten 229 und 231 ist der Vernichtungskrieg im Osten plötzlich ein „Waffengang“, also etwas Ehrenhaftes. Drei Seiten weiter bekommt der Leser eine aktuelle Information: Im Sommer '44 waren bei der DR 400.000 Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter beschäftigt. Auf Seite 237 ist dann endlich konkret der Holocaust an der Reihe, vier Seiten weiter ist damit bereits Schluss. Es folgt Hitlers Absicht, eine transkontinentale Breitspurbahn zu bauen. Der entscheidende Satz zum Thema Holocaust lautet: „So maßgeblich die Bahn damit auch zur sogenannten 'Endlösung der Judenfrage' beigetragen hat, ist doch im Vergleich mit ihren gewaltigen Transportverpflichtungen insgesamt festzustellen, dass die zahlenmäßige Dimension für das Volumen des Unternehmens, also in quantitativer Hinsicht wohlgemerkt und selbstverständlich nicht in moralischer, kaum von allzu großer Bedeutung war.“ (S.239)

Hildebrand hat vieles unerwähnt gelassen, was längst bekannt ist. Wichtige Schlüsselfiguren wie Dorpmüllers Staatssekretär Albert Ganzenmüller und Himmlers persönlicher Adjutant und Beauf-

tragter für die Judentransporte, Karl Wolff, kommen gar nicht oder nur am Rande vor. Das Strafverfahren gegen Ganzenmüller 1973 kennt er offenbar gar nicht, desgleichen auch nicht das DR-Gutachten des Berliner Zeithistorikers Professor Wolfgang Scheffler, der errechnet hat, wieviele Menschen die DR in den Tod gefahren hat. Die Literaturliste ist lückenhaft. Hildebrand hat dem Verlag, den verantwortlichen Herausgebern, seinen Mitautoren und den Leserinnen und Lesern einen schlechten Dienst erwiesen. Das Kapitel ist so einseitig, dass es im Falle einer zweiten Ausgabe dringend überarbeitet, ergänzt und erweitert werden sollte.

Heiner Lichtenstein

Gall, Lothar, Pohl, Manfred (Hrsg.): Die Eisenbahn in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Verlag C.H. Beck, München 1999, 496 S. mit 119 Abbildungen, Leinen 48,00 DM.

Personen

Vorbildfunktion

Ludwig Gehm (Frankfurt), stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AVS), feierte am 23. Februar seinen 95. Geburtstag. Als Mitglied des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK), der sich später in die SPD integrierte, ging Gehm 1933 gut vorbereitet in den politischen Widerstand. Zu seinen Aufgaben gehörten unter anderem Kurierdienste und Transporte von Gefährdeten ins Ausland. Nach längerer Haft im KZ Buchenwald wurde er im Strafbataillon 999 nach Griechenland geschickt, desertierte und kämpfte mit den griechischen Partisanen gegen die deutsche Wehrmacht. Am 6. Februar beging Max Mannheimer (München), Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau, seinen 80. Geburtstag. Mannheimer, geboren in der Tschechoslowakei, wurde 1943 nach Auschwitz deportiert, dann als „Arbeitsjude“ nach Warschau überstellt und am 30. April 1945 im KZ Dachau von US-amerikanischen Truppen befreit. Fast seine ganze Familie wurde in der Gaskammer ermordet. Auch heute noch engagieren sich die vorbildlichen Demokraten Mannheimer und Gehm weiterhin unermüdlich, um die Erinnerung an die Vergangenheit wachzuhalten.

Anton Maegerle

Lesetips: Dertinger, Antje: Der treue Partisan. Ein-deutscher Lebenslauf: Ludwig Gehm. Bonn 1989; Mannheimer, Max: Spätes Tagebuch. Theresienstadt-Auschwitz-Warschau-Dachau. Zürich-München 2000

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Junge Freiheit“ (JF), 15. Jg., Nr. 8, 9/2000:

Klaus Motschmann beklagt eingangs, dass eine Minderheit - er rechnet sie gar auf 15 Prozent hoch - wegen ihrer politisch (rechten) Gesinnung heute unter „politisch gesellschaftliche Quarantäne“ gestellt werde; gerade junge Menschen würden dadurch in die Isolation getrieben (8/00). Genüsslich berichtet wird von den haarsträubenden Zuständen in der zerfallenen Magdeburger DVU-Fraktion. Parteichef Frey, so urteilt JF-Autor Moritz Schwartz, habe „wieder einmal alles getan, um die Vorurteile gegen ihn als Urteile zu legitimieren“. Der neurechte französische Chefdenker Alain de Benoist besetzt den Begriff Populismus mit positivem Inhalt. Dieser bedeute Absage an den Liberalismus, beinhalte kulturellen Pluralismus, beschwöre „die Wiederbelebung der Lokalgemeinschaften, versehen mit starker politischer und kultureller Autonomie“. Verunglimpfung des Populismus sei Ausdruck der Verachtung für das Volk (8/00). Über die Stigmatisierung der FPÖ als faschistoid und rassistisch mokiert sich der FPÖ-Politiker und „Alibi“-Jude Peter Sichrowsky. Die Wähler in Österreich hätten nur endlich zu denken begonnen (8/00). Andreas Mölzer, Chefredakteur des österreichischen JF-Pendants „Zur Zeit“ sieht die Großdemonstrationen in Wien gegen die neue Rechts-Regierung von „radikalen Linken“ wie dem französischen Schauspieler Michel Piccoli gelenkt; „Biedermänner aus Sozialdemokratie und Gewerkschaft“ hätten ihre „Brandstifter“ gefunden (9/00). Der Bericht über Boykottaufrufe seitens US-amerikanischer jüdischer Verbände gegenüber Österreich suggeriert, dass trotzdem aus finanziellen Interessen Verhandlungen über „Entschädigung“ bevorzugt, und keinesfalls „zionistische Organisationen aus moralischen Gründen auf finanzielle Leistungen verzichten“ würden (9/00). Unverständnis wird geäußert über Rückgabe- und Entschädigungsforderungen von in den USA lebenden polnischen Juden gegenüber dem „östlichen Nachbarn“ - gegengerechnet werden die deutschen Vertriebenen (8/00). Heiko Peters, Dauerinserent mit großflächigen Anzeigen in diversen großen Tageszeitungen über Enteignungsunrecht in der Ex-DDR, lamentiert im JF-Interview über die Heimatlosigkeit des Bürgertums. Eine entsprechende ganzseitige Anzeige über „Enteignungen 1945/49“ ist zeitgleich in der JF-Ausgabe geschaltet (9/00). (gn)

Meldungen

Inland

■ **Bad Segeberg** - Die Polizei staunte bei einer Hausdurchsuchung in Bad Segeberg nicht schlecht: Bei dem bekannten Neonazi-Skinhead Bernd Tödter ermittelte man eigentlich wegen Unterschlagung und Hehlerei. Anlässlich der Inspektion seiner Wohnung auf der Suche nach Diebesgut entdeckten die Ordnungshüter allerdings ein riesiges Waffenarsenal. Bei dem 25-Jährigen lagerte jede Menge scharfer Munition, Schreckschusswaffen, ein panzerbrechendes Geschoss, Übungs- und Manövermunition sowie Leuchtsputmunition und ein Buschmesser. Nun wartet auf den bereits mehrfach inhaftierten Rechtsextremisten ein Verfahren wegen des Verstoßes gegen das Waffengesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz. Tödter wurde in der Vergangenheit in seiner Umgebung auch mit Wehrsportübungen in Verbindung gebracht. Ein Teil der gefundenen Patronen und Geschosse stammt offenkundig aus Bundeswehrbeständen. Vor wenigen Wochen erst randalierten junge Skinheads aus Tödters Umfeld mit Schreckschusswaffen in Bad Segebergs Innenstadt. Dabei zertrat die Gruppe Wahlplakate und bedrohte Autofahrer. Die Polizei entdeckte bei den Rechtsextremen zudem verfassungsfeindliche Symbole und Schriften.

■ **Berlin/Blickweiler** - In rechtsextremen Blättern wie „Sleipnir“ (Berlin) und „Deutscher Weg zur Einhaltung der ewigen Gesetze des Lebens“ (Blickweiler/Rheinland-Pfalz) wurde jüngst ein zweiseitiger „Aufruf zur Sammlung der Volkstreu in Europa!“ veröffentlicht. Autor ist ein Martin Spanehl aus dem bayrischen Augsburg. Spanehl ruft alle „volkstreu nationalen Kräfte“ dazu auf, aus ihrem „Burgverließ“ herauszutreten und mit „alten überholten Denkschablonen“ wie rechts oder links zu brechen, da ja schon die NSDAP „jenseits von rechts und links stand“. Stattdessen müssten sie sich als „die wahren Kämpfer für die Freiheit“ positionieren. 1998 hatte Spanehl in der rechtsextremen Schrift „Deutscher Weg“ gefordert, dass die nationalen Parteien „in erster Linie für unsere Rasse eintreten“ müssten.

■ **Berlin** - Wie in der vorigen Ausgabe (BNR 4/00) berichtet, hat sich der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen (LMO) von seiner 1990 gegründete Nachwuchsorganisation Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) getrennt. An-

gaben von Jürgen Danowski, LMO-Bundesvorstandsmitglied, zufolge, sei dies deshalb nötig gewesen, da die JLO „durch Mitglieder radikaler, zum Teil verbotener Organisationen“ unterwandert worden sei. Diese Gruppe um Christian Schaar, früherer Regionalbeauftragter der Deutschland-Bewegung von Alfred Mechttersheimer, habe sich, so Danowski, auch bei den letzten Bundesvorstandswahlen gegen den bisherigen JLO-Bundesvorsitzenden Rene Nehring durchgesetzt. Aus „Gründen der Glaubwürdigkeit wie gegenüber der politischen Öffentlichkeit“ sah sich die LMO deshalb jetzt „gezwungen“, sich von der JLO zu trennen. Um die Jugendarbeit der LMO zu sichern, wurde am 12./13. Februar der Bund Junges Ostpreußen in der Landsmannschaft Ostpreußen (BJO) gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern gehören die ehemaligen JLO-Bundesvorsitzenden Rüdiger Stolle, Bernhard Knapstein und Rene Nehring.

■ **Berlin** - Wiederholt wurde in der linken Tageszeitung „junge welt“ eine Anzeige des in Wuppertal beheimateten „Rüggeberg“-Buchversandes veröffentlicht, in der für das zweibändige Machwerk „Geheimpolitik. Der Fahrplan zur Weltherrschaft“ geworben wird. In der Anzeige, die auch schon in der NPD-Zeitschrift „Deutsche Stimme“ und der revanchistischen Wochenzeitung „Der Schlesier“ geschaltet war, wird der verschwörungstheoretische Inhalt der Bücher wie folgt dargestellt: „Kirchen, Logen und Orden im Kampf um die Weltherrschaft. Ursachen des 'Eisernen Vorhanges' zwischen Ost und West. Die Hintergründe für den Zusammenbruch der Sowjetunion und die Vorbereitungen für den Dritten Weltkrieg.“ „Geheimpolitik“-Autor ist der Versandbuchhändler und Verleger Dieter Rüggeberg, dessen Privat- und Geschäftsräume zuletzt 1996 aufgrund eines Durchsuchungsbefehls des Amtsgerichts Wuppertal durchsucht wurden. Rüggeberg ist auch Unterzeichner einer „Initiative zur Förderung kulturtragenden Schrifttums“ (Viöl/Nordfriesland), hinter der Sympathisanten des rechtsextremen Verlegers Roland Bohlinger stehen.

■ **Berlin/Salzburg** - Mit Datum vom 20. Februar hat Christian Rogler aus Salzburg/Österreich, mehrfacher Autor in der NPD-Zeitschrift „Deutsche Stimme“ und Redner beim bayrischen NPD-Landesparteitag im vergangenen Oktober, einen „Offenen Brief an alle Bundesvorstandsmitglieder der NPD und alle interessierten Kameraden“ verfasst. Rogler beklagt, dass die NPD „ausgerechnet zum 12. März, also zu jenem Tag, da 1938 der Anschluss

Österreichs an das Deutsche Reich vollzogen worden war“, eine „Solidaritätsdemonstration“ mit der „vom In- und Ausland diffamierten (österreichischen) neuen Regierung“ durchführen will. Zwar seien die Demonstration in Berlin und der Titel „Wir sind ein Volk“ positiv, jedoch könne die Anmeldung just zu diesem Tag „Angehörige und Anhänger der NPD in allergrößte Gefahr bringen.“ Dies könne zum Anlass für ein massives Vorgehen gegen Österreicher führen, die der NPD angehören oder mit ihr sympathisieren. „Nichts könnte die Regierung besser brauchen als einen 'Befreiungsschlag' gegen die sogenannte 'Neonazi-Szene'.“ Rogler fordert die NPD, die jetzt am 18. und 19. März im „Raum Süddeutschland“ ihren Bundesparteitag abhalten will, dazu auf, die Demonstration auf einen Tag zu verschieben, „der keine Assoziationen mehr mit problematischen historischen Ereignissen zu wecken vermag“.

■ **Friedberg** - Der bisherige NHB-Bundesvorsitzende Alexander von Webenau hat sämtliche Parteiämter niedergelegt und seinen Austritt aus der NPD, den Jungen Nationaldemokraten und dem Nationaldemokratischen Hochschulbund erklärt.

■ **Goslar** - Die Deutschen Konservativen e.V. (DK) halten vom 24. bis zum 30. März ihren Jahreskongress an einem nicht näher bezeichneten Ort im Harz ab. Als Referenten sind der CDU-Rechtsaußen und DK-Ehrenpräsident Heinrich Lummer, Professor Eberhard Hammer, Autor der „Jungen Freiheit“, der Bundesvorsitzende des Bund Freier Bürger, Heiner Kappel, die Bundesvorsitzende der Christlichen Mitte, Adelgunde Mertensacker, Joachim Siegerist und einige weitere Funktionäre der Deutschen Konservativen angekündigt. „Unser bisheriges Tagungshotel hatte Angst, uns weiter bei Kongressen zu beherbergen. Die Ortszeitung hatte geschrieben, dass wir ihr Verbreitungsgebiet in ein rechtsradikales 'Aufmarschgebiet' verwandeln.“ Zuletzt trafen sich nach Recherche der Lokalzeitung vergangenen November rund 50 Sympathisanten der Konservativen im „Kur- und Sporthotel Freund“ im nordhessischen Vöhl.

■ **Hannover** - Der 32-jährige Michael Homeister hatte zu einer Geburtstagsfeier in ein Lokal Hannovers eingeladen. Bei den rund 30 Gästen im Skinhead-Outfit wurde unter anderem ein Schlagring gefunden sowie diverse CDs, die beschlagnahmt wurden. Homeister soll der Kopf der sogenannten Kameradschaft Hannover-Celle sein. Der ehemalige Kroatien-Söldner lädt diesen Per-

sonenkreis regelmäßig zu politischen Schulungen ein. Homeisters rechtsextreme Karriere begann 1985 bei der inzwischen verbotenen FAP. Er stand bereits mehrfach vor Gericht.

■ **Heinsberg** - Eine Hausdurchsuchung fand beim neonazistisch ausgerichteten Thule Multimedia-Verlag im nordrhein-westfälischen Heinsberg statt. Der im Internet vertretene Verlag berichtet über aktuelle Aktivitäten die für Gleichgesinnte von Interesse sind, darunter auch die am 12. Februar stattgefundene Demonstration von NPDlern und Freien Nationalisten gegen das Asylbewerberheim in Gera. Signet des im September 1999 gegründeten Verlages ist der „Thors Hammer“, die „sagenhafte Waffe des germanischen Gottes Thor“. Verlagsinhaberin ist Maria-Luise Malcoci, die in erster Ehe mit Christian Malcoci, Ex-Kameradschaftsführer (Pseudonym: „Nosferatu“) der ANS/NA von Michael Kühnen und einst Mitglied der NSDAP/AO, verheiratet war.

■ **Kiel** - Die NPD ist bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein bei gerade einmal 1,0 Prozent der Stimmen (15.106 Wähler) hängen geblieben. Die besten NPD-Ergebnisse gab es in den Städten Mölln (2,6%), Lauenburg (2,4%), Ratzeburg (2,0%) und Uetersen (2,0%). In Neumünster und Lübeck holte die NPD 1,5 sowie 1,7 Prozent.

■ **Hann.Münden** - Nach langer Pause ist wieder eine Ausgabe des braunen Blattes „Sonnenbanner“ (6.Jg. mit Postfachadresse im niedersächsischen Hann.Münden) erschienen. Kopf des professionell gemachten „Rundbriefes an den nationalen sozialistischen Freundeskreis“ ist der thüringische Neonazi Michael See (Ex-FAP-Mitglied), ein „erklärter Antidemokrat“. In einem mehrseitigen Grundsatzartikel zur „NS Bewegung heute“ hält der Hitler-Verehrer See fest, dass der Staat Bundesrepublik Deutschland „Produkt des für uns leider verlorengegangenen Krieges als Folge seiner Errichtung durch die Okkupanten“ sei und keine legale Regierung amtiere, „da die letzte Reichsregierung durch Inhaftierung und Morde an der Amtsausübung gehindert wurde.“ See ruft alle Neonazis dazu auf, Parteien wie die NPD oder die DVU zu verlassen, und in den „Untergrund“ zu gehen: „Wir wollen die die BRD nicht reformieren - wir wollen sie abschaffen.“ Angesagt seien jetzt „autonome Zellenstrukturen“. Autor im „Sonnenbanner“ ist auch der Schweinfurter Stadtrat Roderich Sell, Ex-Mitglied der Republikaner, später Deutsche Liga für Volk und Heimat.

■ **Münster** - Die Republikaner in Nordrhein-Westfalen haben eigenen Angaben zufolge für die Landtagswahl im Mai die 151 Wahlkreise mit Direktkandidaten besetzt. Die Wahlkampfleitung hat die im Oktober abgewählte frühere Landesvorsitzende und stellvertretende geschäftsführende REP-Bundesvorsitzende Uschi Winkelsett übernommen. Appelliert wird jetzt an die Gesamtpartei, dass Unterstützung gewährt und Helfer zur Unterschriftensammlung entsandt werden.

■ **Northeim** - Im Fahrzeug des 34-jährigen Neonazis Thorsten Heise wurden bei Polizeikontrollen anlässlich eines Skinhead-Konzertes (vgl. S.4) rund 500 CDs rechtsextremer Prägung entdeckt. Der Schwarzmarktwert beziffert sich auf rund 25 000 Mark. Bei der Durchsuchung von Heises Anwesen in Northeim beschlagnahmte die Polizei dann Videobänder, Disketten und Tonträger im geschätzten Wert von 80 000 Mark. Heise trat am 12. Februar bei einer Demonstration in Gera als Redner auf, am 4. März war er bei der NPD-Demo in Braunschweig dabei. Der mehrfach vorbestrafte Heise muss demnächst eine sechsmonatige Haftstrafe antreten, da er im Mai 1997 bei einer „Vatertagstour“ Polizeibeamte angegriffen hatte.

■ **Prien** - Die Meinungsfreiheit muss man schützen gegen die, die oben sitzen!“ meint die NS-apologetische Reihe „Unabhängige Nachrichten“ (UN) und ruft zum Kampf gegen die „Medien-Diktatur“ auf. Geschaltet wurde die Anzeige in jüngst mehrfach in der unionsnahen Monatszeitschrift „Deutschland-Magazin“. Die UN werden seit 1969 vom rechtsextremen Freundeskreis Unabhängiger Nachrichten e.V. herausgegeben, der vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Gegen die Herausgeber, Mitarbeiter und Vertreiber der UN ist bei der Staatsanwaltschaft Mainz ein Ermittlungsverfahren unter anderem wegen des Verdachts der Volksverhetzung anhängig. Im „Deutschland-Magazin“, das von der Deutschland-Stiftung (Prien) herausgegeben wird, sind auch die ultrarechte „Deutsche Militärzeitschrift“, der Leopold-Stocker-Verlag und „Criticon“ immer wieder mit Anzeigen vertreten.

Ausland

■ **Italien (Rom)** - Der in Rom unter Hausarrest stehende deutsche NS-Kriegsverbrecher Erich Priebke hat sich in einem Schreiben an die „Lieben Freunde vom Helferkreis Hansi und Heinz Kiessler“ herzlichst für deren Unterstützung bedankt. Schon seit Monaten rufen die italienische

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Vereinigung „Associazione Uomo e Liberta“ und der deutsche Freundeskreis um das Rentnerehepaar Kiessler aus Gernsbach in Baden-Württemberg zur Unterstützung eines Gnadengesuchs an den italienischen Staatspräsidenten Ciampi für Priebke auf. Das Gnadengesuch wird auch vom Ehrenvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages, Alfred Dregger, unterstützt. Priebke selbst unterhält weiterhin enge Kontakte zu rechtsextremen Kreisen, so meldete er sich mehrfach in den „Nachrichten“ der Knastorganisation HNG zu Wort. Die Familie Kiessler, deren Anschrift sich auch in der Kartei des NS-apologetischen Nordwind-Verlages (Kollund/Dänemark) findet, unterstützt seit Jahrzehnten inhaftierte Nazi-Kriegsverbrecher.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Heidemarie Lehmann

Herstellung:

OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto